

**Interfraktionelles Postulat GLP, BDP/CVP (Claude Grosjean, GLP/Andrin Soppelsa, BDP): Bessere Voraussetzungen für Mobilitätsplattformen schaffen – regulatorische Hindernisse abbauen**

*Antrag*

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie die reglementarischen Voraussetzungen für Mobilitätsplattformen wie „Uber“ in der Stadt Bern verbessert werden könnten.

Dabei soll insbesondere geprüft werden:

1. ob die in der Stadt Bern bestehenden reglementarischen Vorschriften für den gewerbsmässigen Personentransport ohne festen Fahrplan auf Mobilitätsplattformen Anwendung finden und wenn Ja,
2. welche dieser Vorschriften durch die Verwendung von Mobilitätsplattformen überflüssig werden.

*Begründung*

Mobilitätsplattformen wie „Uber“ sind nicht bloss Taxis des 21. Jahrhunderts, sondern eine grundlegend neue Form der Mobilität, die sogar weit über das bereits bekannte und etablierte Car-Sharing hinausreicht. Mobilitätsplattformen können nicht bloss das eigene Auto ersetzen, sondern können mittelfristig auch einen Beitrag zu einer ressourcenschonenderen Mobilität leisten, beispielsweise in dem mehrere Personen, die zur gleichen Zeit die gleiche Strecke fahren wollen, durch die Mobilitätsplattform der gleichen Fahrerin oder dem gleichen Fahrer vermittelt werden. Mobilitätsplattformen haben das Potential, die Fahrzeugauslastung bei Privatfahrten zu erhöhen, was sich beispielsweise im Pendlerverkehr ressourcenschonend auswirken würde.

Damit dieses Potential nutzbar gemacht werden kann, ist zu prüfen, ob die heutigen Vorschriften für den gewerbsmässigen Personentransport überhaupt auf Mobilitätsplattformen Anwendung finden. Sollte dies bejaht werden, ist zu prüfen, welche der heute bestehenden Vorschriften durch Mobilitätsplattformen überflüssig werden:

Verhält sich beispielsweise eine Fahrerin oder ein Fahrer nicht korrekt, kann sie oder er unmittelbar nach der Fahrt für alle anderen Nutzerinnen und Nutzer sichtbar entsprechend bewertet werden. Ebenfalls wird die Fahrstrecke registriert, sodass man sofort sieht, ob die Fahrerin oder der Fahrer den kürzesten Weg gefahren ist. Bargeld ist keines mehr nötig, da ausschliesslich über Kreditkarte abgerechnet wird, was insbesondere für die Fahrerinnen und Fahrer die Sicherheit erhöht. Nicht einmal mehr Sprachkenntnisse sind erforderlich, da das Fahrziel auf der Plattform angegeben und dem Fahrer direkt übermittelt wird. Somit sollten grundsätzlich sämtliche Bewilligungserfordernisse für auf Mobilitätsplattformen registrierte Fahrerinnen und Fahrern überflüssig werden oder finden von vornherein keine Anwendung.

Da Mobilitätsplattformen zudem relativ konstante Auslastungen ermöglichen, kann auch weitgehend auf Taxisstandplätze verzichtet werden.

Bern, 23. Juni 2016

*Erstunterzeichnende: Claude Grosjean, Andrin Soppelsa*

*Mitunterzeichnende: Peter Ammann, Daniel Imthurn, Marco Pfister, Patrick Zillig, Melanie Mettler, Claudio Fischer, Lionel Gaudy, Kurt Hirsbrunner, Hans Kupferschmid, Rudolf Friedli*